

Rote Spritze

Information des Branchenaktivs Gesundheitswesen der DKP

4|2016

Drohende Privatisierung des Klinikums? Stadt darf sich nicht schrittweise aus ihrer Verantwortung stellen!

Nichts Anderes ist aber zu erwarten, wenn die Pläne des Krankenhausbürgermeisters Wölfle (Grüne) wahr werden, aus dem städtischen Klinikum eine selbstständige "Kommunalanstalt öffentlichen Rechts" zu machen. Zwar behauptet er „niemand will das Klinikum veräußern oder privatisieren“, aber dramatisch einsparen will er schon.

An anderer Stelle erklärte er, das Klinikum Stuttgart schreibe „beachtlich unangenehme rote Zahlen!“ und „auf Dauer können wir das Defizit in zweistelliger Millionenhöhe nicht stemmen!“. Und in der Südwestpresse war zu lesen: „Jetzt schrillen wieder die Alarmglocken“. Angeführt werden „steigende Baukosten“, „höhere Personalkosten“ und „enge Budgets der Kassen“. Weiter heißt es: „Von der angestrebten schwarzen Null scheint man weiter weg, als je zuvor!“

Gesundheit ist Menschenrecht und staatliche Kernaufgabe.

Dafür zahlen wir Steuern und Sozialabgaben. Wer sagt eigentlich, dass hier eine schwarze Null anzustreben ist? Oder gar die Erzielung von Gewinnen, wozu eine „Kommunalanstalt öffentlichen Rechts“ nach §102 GemO gesetzlich verpflichtet wäre? Bis Ende 1985 durften die Krankenhäuser keine Gewinne machen.

Dass Gesundheit zur Ware wird, die sich immer weniger Leute leisten können, haben Regierungen jeglicher Couleur erst durch diverse Gesetzesänderungen möglich gemacht.



Die Zeche für Wölfles Sparpolitik sollen Patient/Innen und Krankenversicherte bezahlen ...

(Und Patient/in kann Jede/r jederzeit werden).

- ▶ Nicht etwa die Landesregierung seines Parteifreundes Kretschmann, die laut Krankenhausfinanzierungsgesetz ohnehin eigentlich für die bejammerten steigenden Baukosten zuständig ist. (Die Milliarden für Stuttgart 21, für die sie nicht zuständig ist, blecht sie ohne mit der Wimper zu zucken.)
- ▶ Auch nicht Pharma- und medizinische Geräte-Industrie oder Konzerne wie Helios, Asklepios oder Rhönkliniken.


DKP
Deutsche Kommunistische Partei

V.i.S.d.P.
DKP Stuttgart
Betriebsaktiv Gesundheitswesen
Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart
Manfred Jansen

- ▶ Und schon gar nicht fordert Wölflé, der Staat solle Kriegseinsätze, Bankenrettungsgelder oder Konzernsubventionen sparen, um seinem verfassungsmäßigen Sozialstaatsgebot nachkommen zu können.



Bis 2004 haben die Krankenkassen die Betriebskosten, die in der Klinik anfielen, übernommen. Seitdem die „Fallpauschalen“, die sogenannten DRGs eingeführt wurden, bekommen die Krankenhäuser nur noch einen Pauschalbetrag für die jeweilige diagnosebezogene Behandlung und müssen die Patient/Innen statt optimal möglichst kostensparend versorgen. Bei ambulanter Behandlung, besonders schwerwiegenden Erkrankungen oder Unfällen wird oft nur ein kleiner Teil der Kosten erstattet. Für die Patient/Innen bedeutet das: Weniger Leistungen bei ständig wachsenden Zuzahlungen. Krankenhäuser, die den Standard halten wollen, oder mehr Patient/Innen behandeln müssen, als vorhergesehen, werden finanziell abgestraft.

Im Gegensatz zu Wölflé spricht die Beraterfirma Ernst & Young, die er eigens als Gutachter für über eine Million Euro engagiert hat, Klartext. Die Zukunftsvision, die diese in Ihrer Studie „Gesundheitsversorgung 2020 – Konzentriert. Marktorientiert. Saniert“ beschreibt, beinhaltet unter anderem „Entbürokratisiert: Weniger Staat und mehr Markt“ „Privatisiert: das faktische Ende der GKV“ (also der Gesetzlichen Kranken Versicherung) und „Aussortiert: Jede vierte stationäre Einrichtung vom Markt gefegt“.

... und natürlich die Beschäftigten.

Schon die bereits beschlossenen Gesetzesänderungen haben zu einer scharfen Konkurrenz zwischen den Krankenhäusern geführt. Das von Ernst & Young angekündigte „Vom-Markt-fegen“ ist bereits in vollem Gang. Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft ver.di haben bisher eine Privatisierung des Stuttgarter Klinikums verhindert. Geht es nach Wölflé & Co., soll nun zumindest die Rechtsform des Klinikums geändert werden. Nur aus Jux und Tollerei wird das jedenfalls nicht angestrebt.

Das Klinikum soll als „Kontrollorgan“ einen „Verwaltungsrat“ erhalten, in dem „neben Gemeinderä-

ten externe Sachverständige vertreten wären“. Was das für Sachverständige wären, kann man erahnen, wenn man liest, dass Wölflé sogar das Beratungsgremium aus dem medizinischen Bereich von Ernst & Young handverlesen lassen will.

Der Verwaltungsrat tagt hinter verschlossenen Türen und würde schon dafür sorgen, ...

... dass der Pflegenotstand erhalten bleibt und keine teure Personalaufstockung erfolgt.

... dass die krasse Unterbezahlung der Pflegekräfte betont wird und nicht etwa durch Höher-Bewertung der Arbeit oder durch Lohn/Gehaltserhöhung ein bisschen mehr Gerechtigkeit entsteht.

Im Gespräch scheint auch zu sein, die Beschäftigten aus der Eigenversicherung der Stadt herauszunehmen. Das heißt, Ärzte, Pflegekräfte usw. müssten sich selbst versichern, damit sie nicht im Regressfall in die Privatinsolvenz rauschen. Die Kosten für die Betroffenen wären beträchtlich. Die Versicherungskonzerne würden sich die Hände reiben.

Der Knüppel der Insolvenzdrohung

Sollte nach einer erfolgten Umwandlung des Klinikums in eine „selbstständige Kommunalanstalt öffentlichen Rechts“ der Widerstand gegen all diese (und andere) Schweinereien immer noch anhalten, stünde den Kaputtсанierern ein zusätzliches Druckmittel zur Verfügung. Die Gemeinde müsste nach dieser Änderung nicht mehr wie bisher für die Forderungen Dritter haften (§102a GemO). Die Drohung mit Insolvenz dürfte manchen Widerständler zum Einlenken bewegen. Und wenn nicht ... Wenn das Klinikum zu den Hospitälern gehört, die - wenn es nach der Studie von Ernst & Young geht - „vom Markt gefegt“ werden, hätte sich die Stadt auch der Kosten und der Verantwortung für die Gesundheitsversorgung ihrer Bürger entledigt.

